



Landesverteidigungsakademie
Wien

DER PUTSCH IN MALI

Gerald Hainz

Mali galt bis zum Putsch am 22. März 2012 als „Vorzeigedemokratie“ in Westafrika. Nur eineinhalb Monate vor regulären Präsidentschaftswahlen putschten junge Offiziere und übernahmen als Comité National pour le Redressement de la Démocratie et la Restauration de l'Etat (CNRDRE) die Macht. Sie begründeten ihren Schritt damit, dass Präsident Amadou Toumani Touré den aufständischen Kel Tamasheq (Tuareg) mit zu wenig Härte begegnete. Allerdings lässt sich ein explosiver Cocktail aus politischen und wirtschaftlichen Gründen identifizieren, der letztlich zum Putsch geführt hat. Unter Vermittlung der Regionalorganisation ECOWAS (Economic Community of West African States) konnte eine Lösung erarbeitet werden, deren Umsetzung in den nächsten Wochen den Weg zurück zur Demokratie ebnen soll.

Die Ausgangslage in Mali

Das Wirtschaftswachstum war während der letzten Jahre durchwegs positiv, obwohl Mali ein Binnenland ist. Die Wirtschaft ist auf den Agrarsektor ausgerichtet, wobei Baumwolle das wichtigste landwirtschaftliche Exportgut darstellt. Mit Hilfe von IWF und Weltbank wurden in den vergangenen zehn Jahren auch im Bereich der Landwirtschaft zahlreiche Privatisierungen durchgeführt. Die Produktion erfolgte in weiterer Folge hauptsächlich exportorientiert und unterlag damit den Schwankungen des internationalen Marktes. Dies führte gemeinsam mit längeren Dürreperioden zu einer Lebensmittelknappheit in weiten Teilen Malis. Mehrere Schmuggelrouten (Menschen, Waffen, Drogen, Öl, Zigaretten)

durch die Sahara, die den Lebensunterhalt vieler Menschen sichern, verlaufen über Mali.

In Nordmali fühlten sich die Menschen (Kel Tamasheq/Tuareg) politisch bereits seit langem marginalisiert und kämpften für einen unabhängigen Staat Azawad. Die Marginalisierung ist für die Kel Tamasheq aber nicht nur in Mali, sondern auch in den Nachbarstaaten Algerien und Niger ein Problem. Minderheiten der Kel Tamasheq leben auch in Burkina Faso und Libyen. Der Anteil an der gesamten malischen Bevölkerung beträgt etwa zehn Prozent.

In Verbindung mit dem Sturz des Ghadaffi-Regimes in Libyen kehrten viele Kel Tamasheq zurück, die in den libyschen

IFK Monitor
April 2012

Streitkräften als Söldner aktiv waren. Diese kehrten nach Mali zurück und beteiligten sich nach dem Putsch durch die CNRDRE an der Eroberung der Städte Gao und Timbuktu. Dadurch wurde ein erklärtes Ziel der Putschisten klar verfehlt, da diese de facto die Kel Tamasheq unfreiwillig unterstützt hatten. Dies war mit ein Grund, weshalb die Bevölkerung in der Hauptstadt Bamako die CNRDRE kaum unterstützte. Ein weiterer Punkt, der im Süden des Landes sehr negativ aufgenommen wird, ist die Beteiligung von islamistischen Gruppierungen am Vormarsch der Kel Tamasheq. In Timbuktu soll Ançar Dine, eine islamistische Gruppe, die Kel Tamasheq bereits verdrängt haben und die Bevölkerung zu Einhaltung der Sharia zwingen.

Politische Entwicklungen seit dem Putsch

Die Putschisten sind sowohl in der Hauptstadt Bamako als auch international politisch isoliert, selbst wenn gewisse Kreise in Gesellschaft, Politik und Militär nicht mit dem ehemaligen Präsidenten sympathisiert haben. Die äußerst vagen und unklaren Ziele der Putschisten verhinderten, dass sie ernsthafte politische Akteure in Mali wurden. Darüber hinaus scheint der Coup d'Etat genau das sehr rasch möglich gemacht zu haben, was die Putschisten eigentlich verhindern wollten: Die Kel Tamasheq und islamistische Gruppen konnten beinahe kampfflos ihren Einfluss auf die Städte Kidal, Gao und Timbuktu ausweiten. Selbst die Ankündigung demokratischer Wahlen, an denen sich die Mitglieder der CNRDRE nicht beteiligen wollten, wirkte hilflos. Weder zeitlich noch inhaltlich wurden Angaben zu einem konkreten Vorgehen gemacht. Letztendlich war es das Krisenmanagement der Regionalorganisation ECOWAS, das einen Ausweg aus dem Dilemma weisen konnte.

Das Krisenmanagement der ECOWAS

Die ECOWAS war wie bereits bei

anderen Krisen in Westafrika (z.B. Togo) sehr erfolgreich. Vorerst reagierte die ECOWAS mit Sanktionen auf politischer, diplomatischer und ökonomischer Ebene, wobei bereits deren Ankündigung in der Hauptstadt Bamako Panik auslöste und zu Hamsterkäufen führte.

Gleichzeitig wurde die ECOWAS Standby Brigade in Bereitschaft versetzt, womit der Druck zusätzlich erhöht wurde. In der Zwischenzeit hatte die MNLA (Mouvement National de Libération de l'Azawad) im Norden bereits den unabhängigen Staat von Azawad ausgerufen, ein Ende der Kämpfe erklärt und Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Unter Vermittlung der ECOWAS konnte binnen weniger Tage eine Lösung gefunden werden. Um gemäß der malischen Verfassung einen geordneten Übergang und die Organisation demokratischer Wahlen gewährleisten zu können, trat der gestürzte Präsident Amadou Toumani Touré auch formal zurück und den Putschisten wurde Straffreiheit zugesichert. Damit wurde der Weg frei, um verfassungsgemäß Parlamentspräsident Dioncounda Traoré als Interimspräsidenten anzugeloben. Obwohl dieser innerhalb von 40 Tagen Wahlen organisieren müsste, haben sich ECOWAS und die Putschisten darüber verständigt, dass dieser Zeitraum aufgrund der Situation im Norden des Landes unrealistisch sei. Die Sanktionen wurden aufgehoben, während die Ausrufung des unabhängigen Staates Azawad scharf verurteilt und für nichtig erklärt wurde.

Die Marginalisierung der Kel Tamasheq (Tuareg)

Die Kel Tamasheq kämpfen nicht nur in Mali, sondern in der gesamten Region seit Jahren in verschiedenen Rebellionen gegen ihre Marginalisierung. Sie werfen der Regierung vor, dass sie von den Behörden in der Hauptstadt Bamako de facto ignoriert

wurden. Im Norden Malis leben aber auch andere ethnische Gruppen wie Songhai, Ful und sogenannte „Araber“. Vor allem letztere sehen in einem unabhängigen Staates Azawad eine Bedrohung. Sie befürchten, dass sprachlich und kulturell die Kel Tamasheq dominieren, während alle anderen in diesem „Gebilde“ (immerhin mehr als 50% der Bevölkerung in Azawad) an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden.

Maßgebliche Gruppierungen

In Mali sind derzeit drei Gruppierungen von Bedeutung. Zum einen das Mouvement National de Libération de l'Azawad (MNLA) und Ançar Dine, die wesentlich am Vormarsch im Norden des Landes beteiligt waren sowie zum anderen Al Qaïda au Maghreb Islamique (AQMI), die alleine aufgrund behaupteter Al-Qaeda-Verbindungen ein gewisses Bedrohungspotential darstellt.

Mouvement National de Libération de l'Azawad (MNLA)

Das MNLA wurde am 16. Oktober 2011 von einem ehemaligen Oberst der libyschen Streitkräfte gegründet. Es hat sich als politisch stärkste Gruppe herauskristallisiert und könnte als Ansprechpartner für Verhandlungen dienen. Die MNLA besteht aber nicht nur aus Rückkehrern aus Libyen. Ihr haben sich neben anderen Kel Tamasheq Rebellen auch Überläufer aus den malischen Streitkräften angeschlossen. Dies dürfte zu den militärischen Kapazitäten der MNLA entscheidend beigetragen haben. Die geänderten politischen Verhältnisse in Libyen könnten die Versorgungslage der MNLA in Mali schwächen, da der Nachschub reduziert bzw. eingestellt worden ist. Aufgrund dieser Situation könnte die MNLA gezwungen sein, sich vermehrt im Schmuggel zu betätigen, wodurch sie aber in direkte Konfrontation mit AQMI kommen würde.

Al Qaïda au Maghreb Islamique

AQMI soll durch ihre starke Verankerung in der Region der Kel Tamasheq die Routen für Menschen- und Drogenschmuggel kontrollieren und sich damit eine unabhängige ökonomische Basis verschafft haben. Obwohl AQMI als islamistische Gruppierung gilt, lassen sich primär religiös motivierte Aktivitäten im Gegensatz zu ökonomischen kaum ausmachen. Laut Aussagen von kritischen Beobachtern sind Entführungen und eben Schmuggelaktivitäten das Hauptbetätigungsfeld der AQMI.

Ançar Dine

Der Führer der Ançar Dine (Unterstützer/Verteidiger des Glaubens), Iyad Ag Ghaly, führte bereits in den 1990er Jahren Rebellionen der Kel Tamasheq an. Ziel ist die Einführung der Sharia nicht nur in Azawad, sondern in ganz Mali. Ançar Dine unterhält Beziehungen zur Al Qaïda au Maghreb Islamique, während gegenüber der MNLA aufgrund höchst unterschiedlicher politischer Zielsetzungen Misstrauen herrscht.

Internationale Reaktionen

Die internationalen Reaktionen auf den Putsch entsprechen im Wesentlichen den Vorstellungen der ECOWAS im Hinblick auf das Krisenmanagement. Sowohl UN als auch AU unterstützten die Maßnahmen, ohne eigene Akzente zu setzen. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich schloss eine Intervention in Mali aus, wenngleich es eine Bereitschaft zu geben scheint, intervenierenden Kräften auf Anfrage logistische Unterstützung zu gewähren.

Aus Sicht der USA stellen Gruppen wie AQMI und Ançar Dine die größten Sicherheitsbedrohungen dar. Nach dem Putsch haben die USA direkte Hilfen für Regierungsprogramme in Mali zwar

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteur:
Gerald Hainzl

Erscheinungsjahr:
2012

Druck:
HDdruckZ-AST Stift
xxxx/11

eingestellt, multilaterale Programme zur Bekämpfung der oben angeführten Gruppen und ihrer Aktivitäten liefen allerdings weiter, da sie von hoher Bedeutung für die Stabilität der gesamten Region sind. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang folgende Programme: Trans-Sahara Counter-Terrorism Partnership (TSCTP), Global Peace Operations Initiative (GPOI), African Contingency Operations Training and Assistance (ACOTA) sowie Operation Enduring Freedom Trans-Sahara (OEF-TS).

Die EU zielt mit ihrer Politik auf die Beseitigung der Grundprobleme von Armut, schlechter Regierungsführung und illegalem Handel (Waffen-, Drogen-, Öl- und Menschenhandel) ab. Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen der Ausdehnung der Wüste, Klimawandel und Bevölkerungswachstum sind weitere Schwerpunkte. Nach dem Putsch setzte die EU am 23. März 2012 die Entwicklungszusammenarbeit aus. Die ECOWAS wird von der EU im Rahmen der Joint Africa European Union Strategy (JAES) durch die Peace and Security Partnership unterstützt.

Ableitungen und Empfehlungen

- Die Internationale Gemeinschaft sieht sich in Mali mit zwei großen Problemkreisen konfrontiert: einerseits das Putschregime der CNRDRE und andererseits der Vormarsch der MNLA im Norden.
- Der internationale politische und diplomatische Druck auf CNRDRE sollte aufrechterhalten werden, damit eine Rückkehr zu einer demokratisch legitimierten Regierung ermöglicht wird.
- Zielgerichtete Gespräche über eine Lösung der Probleme im Norden des Landes mit den Kel Tamasheq werden erst dann beginnen können, wenn sich eine neue politische Führung in Bamako konsolidiert hat.
- Eine militärische Intervention müsste daher beiden Problemen begegnen und

wäre aufgrund der Distanzen im Land ohne Unterstützung von Dritten kaum zu bewältigen.

- Für ECOWAS war nicht nur eine rasche Lösung der politischen Krise in Mali von zentraler Bedeutung. Das Problem der Marginalisierung und damit einhergehender Rebellionen der Kel Tamasheq ist auch für Nachbarstaaten Malis ein sehr ernstes politisches und Sicherheitsproblem, da auch andere Minderheiten in der Region mehr Selbstbestimmung fordern könnten.
- Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage in Mali droht vor allem im Norden ein Nahrungsmittelmangel, der zu einer Hungerkatastrophe führen könnte.
- Das Krisenmanagement der ECOWAS sollte weiterhin unterstützt werden, um die bisherigen politischen Lösungsansätze zu konsolidieren.
- Der desolate Zustand der malischen Streitkräfte (inadäquate Bewaffnung, zusammengebrochene Versorgung), der an der hohen Rate an Desertoren mitverantwortlich ist, sollte bei allen Vermittlungs- und Lösungsversuchen mitgedacht werden. Eine Sicherheitssektorreform sollte nach der Rückkehr zu demokratischen Strukturen hohe Priorität haben.
- Eine Rückeroberung von Azawad erscheint militärisch nicht möglich. Verhandlungen zwischen MNLA und einer neuen Regierung unter Vermittlung der ECOWAS würde alle wesentlichen Akteure vereinen.
- Eine umfassende, langfristige Lösung für Mali muss auch den Bedürfnissen der Bevölkerung im Norden Rechnung tragen. Das bedeutet, dass die neue Regierung bereit sein sollte, im Norden trotz viel geringerer Bevölkerungsdichte in infrastrukturelle Maßnahmen (Schulen, Gesundheitswesen, Verkehrsinfrastruktur) zu investieren. In diesem Bereich könnte auch die internationale Gemeinschaft maßgebliche Hilfestellungen leisten.